

Workshop " Handlungsfelder im Programm Soziale Stadt "

Ergebnisprotokoll

18.04. 2018, 08:30 – 15:00 Uhr,

Sharehaus Refugio, Lenaustraße 3-4, 12047 Berlin

Julia von Schick,
Sharehouse Refugio

TOP 1 Begrüßung

Frau von Schick begrüßt im Namen des Sharehauses Refugio die Gäste des Workshops. Das Sharehaus gehört seit über 100 Jahren der Berliner Stadtmission und hat eine sehr bewegte Geschichte. Es war Jugendhaus, Seniorenstift und hatte nach 1945 Flüchtlinge aufgenommen. Jetzt wohnen im Sharehaus Geflüchtete, Neu- und Altberliner zusammen, die voneinander lernen. Neben der Wohntage gibt es auch eine Künstleretage, es gibt verschiedene Kooperationspartner im Haus (Querstadtein, Give something back to Berlin), die mit Geflüchteten aber auch mit anderen Gruppen arbeiten. Es gibt hier Tagungsräume und einen großen Veranstaltungsraum.

Weiterführende Links: <https://sharehaus.net/>, <http://querstadtein.org/de/>, <http://gsbtb.org/#/>,

Alexandra Kast, SenSW

Alexandra Kast begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops und geht kurz auf die inhaltliche Ausrichtung und Ziele der Veranstaltung ein. Als Programm der Städtebauförderung ist das Programm Soziale Stadt auch in Handlungsfeldern aktiv, die stärker soziale Aspekte in den Quartieren betrachten. Wenn die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen im sozialen Bereich arbeitet, kann sie das nicht alleine. Sie braucht Partnerinnen und Partner für eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Auf dem Workshop soll den Fragen nachgegangen werden, ob das Programm an den richtigen Themenfeldern arbeitet, ob die Zielstellungen noch immer relevant sind und wo noch Handlungsbedarf besteht. Nach der Arbeit in den Workshops zu den einzelnen Handlungsfeldern wird Kristin Schwarze vom Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH die ressortübergreifende Strategie des Programms vorstellen. Danach berichtet Frau Faber von den Erfahrungen zu thematischen Handlungsfeldern des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) in Hamburg.

TOP 2 Arbeit in Arbeitsgruppen

AG 1: Bildung, Ausbildung und Jugend (Moderation Sören Bott, SenSW)

Nach einer Vorstellungsrunde und kurzen Einführung in das Handlungsfeld durch Herrn Bott, arbeiteten die Teilnehmenden in kleinen Gruppen weiter zu

- Zielen und Herausforderungen
- Maßnahmen
- ressort- und ämterübergreifender Zusammenarbeit

Folgende Gedanken wurden dazu festgehalten:

Ziele und Herausforderungen

- Schule als Bildungsburg
- Stärken des Programms in die Ziele formulieren
- Zielformulierungen im Handlungsfeld auf QM-Realität/ das Machbare herunterbrechen
- Fehlende Ziele: Jugendberufsagenturen

Maßnahmen

Voraussetzungen/Ressourcen

- Raum/ Personal (mit Kontinuität)
- mehr Zeit für Kooperation für die Einrichtungen (Schule, Kita, Jugendeinrichtungen)
- Übersicht über Ressourcen im Sozialraum, v.a. für Eltern

Baumaßnahmen

- problematisch sind zeitliche Verzögerungen, fehlendes Personal
- Platz entsprechend der aktuellen Schülerzahlen schaffen
- nachhaltig ressortübergreifende Planung ist nötig

Ressortübergreifende Zusammenarbeit

- es braucht Koordination der ämterübergreifenden Zusammenarbeit
- Vereine, Ehrenamt, Elternengagement (auch kurzzeitiges) stärken!
- Bildungsnetzwerke benötigen Budget für Moderation, Begleitung und gemeinsame Zielstellung der Beteiligten

Motivation für Bildung herstellen/ alle erreichen

- Wo sind die guten Beispiele in der Praxis? Wissenstransfer!

Langfristige Finanzierung

- Beispiele "guter Praxis" flächendeckend ausbauen/übertragen

- Unternehmen, Stiftungen gewinnen
- Öffentlichkeitsarbeit

Flexibles Budget für Krisen/ unvorhersehbare Ereignisse einrichten!

Ressort- und ämterübergreifende Zusammenarbeit

- Konzeptionelle Zusammenarbeit klappt relativ gut, jedoch die Bündelung von verschiedenen Mitteln ist „nahezu unmöglich“.
- Schulleitungen sind Türöffner (Problem: Abhängigkeit von Person)
- Förderprogramme auf Sozialräume zuschneiden
- Bessere Abstimmung braucht Zeit, sonst bleibt es im engeren Kreis (Schule, Einrichtung, Amt, QM).
- Es braucht mehr Transparenz der einzelnen Abstimmungsprozesse (Schule, QM, Schulverwaltung).
- Abstimmung sollte gemeinsam strategisch, regelhaft konkret und im Prozess verbindlich sein. Sonst bleiben Entscheidungen und Maßnahmen zu „ruckhaft“, zu grob, zu isoliert
- Eigenverantwortung der Schulen stärken, Schulen EINLADEN an Projektentwicklungsprozessen teilzunehmen
- „Kooperation Schule Jugendhilfe“ als Struktur in jedem Bezirk nutzen

AG 2: Nachbarschaft, Gemeinwesen, Integration (Moderation Alexandra Kast, SenSW)

Frau Kast leitet das Thema kurz ein. Im Zentrum der Diskussion standen die Kooperation mit weiteren Partnern und Einrichtungen sowie Ideen und Anregungen zur weiteren Arbeit.

Kooperation

- Eine regelmäßige strategische Abstimmung zwischen QM und STZ sowie WoWi sollte auf Quartiersebene etabliert werden
- Hier sollte es auch um die Überführung guter Projekte in die Regelfinanzierung gehen
- Es muss ein klares Verständnis über die Aufgaben von QM und Stadtteilzentren existieren (Was macht QM?/Was macht das Stadtteilzentrum?)
- Stadtteilzentren sollten mehr Eigeninitiative bei der Arbeit im Quartier entwickeln
- Die Arbeit der Stadtteilzentren sollte kreativ und auch "ortsunabhängig" genutzt werden
- Bei neuen QM-Gebieten muss es eine Verständigung zur Rolle des Trägers des QMs und ortsansässiger Träger geben, um Misstrauen abzubauen

en die Interessen abzugleichen

- Bei der Kooperation mit anderen Partnern stellt der räumliche Zugschnitt/Gebietsgrenzen eines QMs u.U. ein Problem dar, da nicht alle Partner gebietsbezogen agieren

QM und STZ könnten sich gemeinsam für eine wohnortnahe Versorgung mit STZ einsetzen. Erfahrungsgemäß sind die Wege für die Anwohner oftmals zu weit.

Gleichzeitig könnte die Öffentlichkeitsarbeit der STZ intensiviert werden. QM könnte mit Wegeleitsystemen u.ä. Maßnahmen unterstützen

- QM-Teams haben hohe Erwartungen an die Wohnungswirtschaft, wichtig hier: persönliche Komponente der Ansprache und konkrete Anreize schaffen
- Es könnte ein Erklärvideo zum QM für die Wohnungswirtschaft geben

Ideen, Anregungen

- Bei Abstimmungsprozessen zwischen den Senatsverwaltungen müssen die Bezirke involviert werden
- QMs an Stadtteilzentren andocken?
- frühzeitig klare Verstetigungsstrategie mit den bestehenden QMs vereinbaren
- Austausch über Finanzierung von Projekten und Einrichtungen auf Bezirksebene intensivieren
- Kontinuität vs. temporärer Ansatz im QM, hier sind mehr Informationen notwendig
- hohe Fluktuation bei Akteuren: hier ist mehr Wissensvermittlung und Motivation zum Ehrenamt notwendig
- Netzwerkarbeit kostet Zeit und Ressourcen und muss für die STZ budgetiert werden
- positiv: Quartiersräte und der Aktionsfonds tragen zur Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern bei

AG 3: Öffentlicher Raum (Moderation Wilma Glücklich, SenSW aD)

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde leitet Frau Glücklich in das Thema ein:

- Öffentlicher Raum ist das Kerngeschäft der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und der bauenden Abteilungen.
- Ursprünglich ist der öffentliche Raum der Kern der Sozialen Stadt gewesen, es gibt spezielle Fonds nur für's Bauen. Der öffentliche Raum ist einerseits das "Aushängeschild" fürs Programm und als Attraktionspunkt für Beteiligung / Aktivierung andererseits unbestritten.
- Der öffentliche Raum ist ein Transitraum, der in Ballungsräumen eine sehr intensive Nutzung erfährt. Die Bedarfe an Erneuerung / Anpassung / Um-

gestaltung von öffentlichen Flächen sind nach wie vor hoch (Bevölkerungsdichte wächst noch, Nutzungsdruck wird noch höher).

- SenUVK unterstützt bei besonderen Projekten, zieht aber keine besonderen Projekte an sich. Große Parks sind oft nur angrenzend an QM-Gebiete, leider nicht in den Kulissen gelegen.
- SenUVK lässt eine Charta Stadtgrün erarbeiten. Das gesamtstädtische Ziel ist nicht nur das Wachstum an Einwohner*innen und Wohnungen, sondern auch ein Wachstum an Freiräumen.

Umsetzung im Bezirk

- Probleme entstehen bei der gesamten Organisation: personelle Ressourcen fehlen in der Verwaltung, langwierige Verwaltungs- / Entscheidungswege, Verlagerung von verwaltungsinternen Abstimmungen auf QM-Teams, permanenter und stets kurzer Formulierungs-/ Überarbeitungsdruck (die Anträge werden durch die QM-Teams an Stelle der Ämter formuliert und abgestimmt, liegen oft wochenlang, bis kurzfristig hoher Handlungsbedarf entsteht).
- Keine gute Projektsteuerung in den Ämtern, daher Übernahme vieler Aufgaben durch die QM-Teams. Es fehlt auch an Personal für die Umsetzung in den Bezirken
- Nachhaltigkeit: keine Kapazitäten mehr in den Bezirken (Die Vertreterin der SenUVK erläuterte nochmals den Pflegeschlüssel für die Unterhaltung der Flächen: Geld geht in Globalhaushalt, dieser ist auskömmlich; Bezirksämter entscheiden selbst über dessen Verwendung, kommen aber ihrer Verpflichtung nicht nach. Für die Pflege müssten mehr Mittel in den Grünhaushalt eingestellt werden).
- Früher wurden viele Projekte umgesetzt, z.T. mit weniger Personal. Jetzt ist vielleicht eine gewisse Müdigkeit vorhanden.
 - Was kann die Soziale Stadt für den öffentlichen Raum noch bieten?
 - Gibt es in der Wachsenden Stadt andere Probleme?

Organisation der Durchführung

- Laut QM scheitert die Projektumsetzung in ÖR oft an der fehlenden Kooperation mit den Fachämtern.
- Die Stadtplanungsämter haben nur Kontrollfunktion, aber kein Zugriffsrecht auf öffentliche Flächen.
- Der Verwaltungsaufwand ist für kleinere Projekte genauso groß wie für Projekte in Millionenhöhe.
- Wären Rahmenverträge für QM-Teams / Büros o.a. denkbar? Das würde den Abfluss der Mittel beschleunigen
- Wäre GRÜN Berlin als Partner der Bezirksämter denkbar oder gäbe es ähnliche Konstruktion, z.B. eine Netzwerkstelle? Die Verwaltung sollte

darüber nachdenken, ob die Steuerung ausgelagert werden kann. Die Vertreterin der SenUVK will dies prüfen.

- Die Vertreterin der Bundesebene erklärt auf Nachfrage, dass die o.g. Probleme typische Phänomene von großen Verwaltungseinheiten mit vielen Entscheidungsebenen (Großstädte) sind.

Integriertes /ressortübergreifendes Handeln

- Integriertes Handeln muss in den Bezirken wieder verbessert werden. Die SRO bietet die passende Struktur im BA. Wird dort die Soziale Stadt mitgedacht? Haben die Bezirke noch Interesse am Programm?
- Der Grundpfeiler der Sozialen Stadt ist integrativ und partizipativ. Die IHEKs sind nur ressortübergreifend umsetzbar.
- Die Einrichtung einer Sozialen Stadt-Koordination als Stabsstelle in den Bezirksämtern würde das ressortübergreifende Handeln verbessern.

Sicherheit im Öffentlichen Raum

- Stadtplätze werden von multiplen Gruppen genutzt, manche Gruppen lösen Unsicherheiten aus. Auch diesen Gruppen muss Raum geboten werden.
- Möglichkeiten der Verbesserung des Sicherheitsgefühls:
 - Platz- / Parkmanagement
 - Beteiligung als Mittel gegen Vandalismus
 - Videoüberwachung?
 - Mobile Wachen?
 - Straßensozialarbeit (damit wurden bereits gute Erfahrungen gemacht)

AG 4: Weitere Handlungsfelder (Moderation Dr. Katja Adelhof, SenSW)

AG, die aufgrund der Vielzahl von Themen in die Breite möglicher HF und nicht in die Tiefe eines HF gearbeitet hat.

HF Arbeit und Wirtschaft

1. Wird das HF Wirtschaft und Arbeit noch gebraucht?

Pessimistische Position zum HF Arbeit und Wirtschaft als Ausgangspunkt der Diskussion:

- Anteil der Fördersumme an diesem HF unter 2%
- nicht relevant! U.a. Ergebnis der Befragung der Verfahrensbeteiligten
- Nicht umsetzbar! Zu starke Individualförderung bei bspw. der Arbeits-

marktförderung, der Wirtschaftsförderung. Kooperationspartner wie die Job-Center ohne Sozialraumbezug. Schwierig als Partner zu gewinnen, wenn es um die Umsetzung geht.

- Nicht finanzierbar! Fördersummen der Arbeitsmarkt- oder Wirtschaftsförderung weitaus größer als die in der Sozialen Stadt (Bau von Gewerbehöfen aus-geschlossen). Programme wie BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit) oder JUSTIQ (Jugend stärken im Quartier) sind sehr erfolgreiche Programme und beziehen sich auf Gebiete der Sozialen Stadt. Doppelförderung ausgeschlossen.
- Inhaltlich zu eng gefasst! Fehlende Ideen? fehlende inhaltliche Verknüpfungen zu anderen HF? Fehlende Qualifikationen?

Andere Rahmenbedingungen in Berlin: von der Schrumpfung zum Wachstum. Gut gelaufene Maßnahmen wie Leerstandsmanagement entfallen.

- Nach bewusst genannten negativen Aussagen zum HF ist das Fazit: HF kann weg!

Die AG Teilnehmer formulieren dennoch durchweg ein Plädoyer für das HF Wirtschaft und Arbeit mit der Einschränkung, dass für einige TN die Arbeitsmarktförderung keine Rolle mehr spielt.

Wie gelingt es, das HF bspw. durch geeignete Strukturen, Förderungen, Verfahren zu beleben?

- Schnittstelle zu anderen HF (insbesondere Bildung) stärker beachten
- UnternehmensberaterIn im QM-Team sorgt für Qualifikation, um HF umzusetzen
- Vernetzte Ansätze über das Quartier hinaus werden dem HF gerechter (Bsp. NWF, AZ)
- Geeignete Strukturen: Gewerbestandorte zu stärken, heißt auch Nachbarschaften zu stärken und gewerblicher Verdrängung vorzubeugen

Wo ist es sinnvoll, das HF Arbeit und Wirtschaft umzusetzen?

- Abhängig von den quartiersspezifischen (Gewerbe)-Strukturen
- dort, wo es einen hohen Besatz an Gewerbe gibt ist es sinnvoll (QM Schöneberger Norden), in einem reinen Wohngebiet (Letteplatz) nicht
- dort, wo Nahversorgungsgeschäfte ansässig sind. Evtl. lohnenswert, dort wo eine Sekundarschule im Quartier verortet ist. Anknüpfungspunkt wäre die Berufs-Beratung und –Orientierung der SuS
- HF unterstützt dabei, Urbanität auch für zentrumsferne Quartiere herzustellen

Mit wem, mit welchen (Kooperations)-Partner ist das HF weiterzuentwickeln?

- Strategische Gebietsentwicklung auch für das HF Wirtschaft und Arbeit ist die Stärke des Programms Soziale Stadt und sollte dort federführend mit Partnern entwickelt werden. Dann können noch verstärkter andere Programme/Partner, die spezifischer die Bedarfe aus Wirtschaft und Arbeit fördern, genutzt werden.
- Genannte Kooperationspartner: SenSW, andere Sen Verwaltungen, IHK, Wirtschaftsförderung, Bezirksämter, Gewerbevereine, Quartiersräte, Träger der Jugendhilfe, Schulen
- Bsp. QM Spandauer Neustadt: Einbindung von großen Einrichtungen auch außerhalb des Gebietes (bspw. Krankenhaus), um Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich Gesundheit für das Quartier nutzbar zu machen.
- Bsp. QM Schöneberger Norden: Kooperation mit der IHK. Gemeinsame Veranstaltungen und Austausch zu Gewerbe-Mieten, etc.
- Job-Center: Lokale Außenstellen in allen Quartieren

Was sind die Inhalte und typischen Projekte, die das HF beleben?

- Gewerbenetzwerke zu fördern hat sich bewährt
- Sensibilisierung von Gewerbetreibenden für die Belange des Quartiers. Kiezbezug der Gewerbetreibenden herstellen
- Genossenschaftliche Unternehmen fördern
- Bsp. QM Schöneberger Norden: gemeinsam mit der bezirklichen Wirtschaftsförderung wurde das Projekt „Boulevard Potsdamer Straße“ zur Entwicklung des Gewerbebestandes umgesetzt
- Qualifizierung des ansässigen migrantischen Gewerbes (hier u.a. im Mietrecht, Steuern, Ausbildung)
- Imageverbesserung des Gewerbebestandes
- „neue“ Themen, aus denen Projekte abgeleitet werden könnten: bewohnerverträglicher Tourismus, co-working spaces

Neue Themen für die Soziale Stadt

Drei Themenbereiche wurden in drei Kleingruppen diskutiert. Dabei wurden sie nicht zwingend als eigenständige HF gesehen, sondern als wichtige Themen, für die es eine stärkere Unterstützung und Legitimation seitens der Programmsteuerung geben sollte, um daran auf Quartiersebene zu arbeiten:

- Drogen, Kriminalität, Gewalt, Prostitution
- Mieten, Wohnen, Verdrängung
- Quartiersspezifische HF, Konzeption der HF überdenken

Thema Drogen, Kriminalität, Gewalt, Prostitution (Sicherheit)

- Haltung zum Thema: Keine Angst vor dem Thema haben, obwohl die QM-Teams sich an besonders belasteten Orten überfordert fühlen.
- Kooperationspartner: Unterstützung können dabei starke Kooperationspartner leisten wie die Polizei mit Präventionsprojekten zum Thema Drogen, Prostitution, Gewalt. Auch Bezirksämter sind wichtige Partner zu flankierenden Themen wie Gesundheit und Ordnung.
- Entwicklung von Beleuchtungskonzepten gemeinsam mit dem QM-Teams.
- Inhalte: Große Bandbreite an möglichen Projekten:
Concierge/Doorman Dienste ist ein Thema im HF öffentlicher Raum
Sicherheitsgefühl als Faktor für Lebensqualität
Sicherheitskonzepte mit der Polizei erarbeiten (städtebauliche Kriminalitätsprävention)
Platzmanagement und aufsuchende Straßensozialarbeit
Konzept für Schutzbedürftige (Frauen und Mädchen)
Soziale Kontrolle durch nachbarschaftliche Belegung

Thema Mieten, Wohnen, Verdrängung

- der Druck des Wohnungsmarktes macht sich jetzt auch in den Außenbezirken (und den dort verorteten QMs) bemerkbar; die Schließung der Flughäfen verstärkt diesen Trend
- Wohn- und Gewerbemieten sind davon betroffen, hier auch besonders negative Auswirkungen auf Mieten für Einrichtungen der sozialen Infrastruktur
- Neubau von Wohnungen bewirkt steigenden Mietspiegel
- Aufgabe des QM in diesem HF müsste es sein, Netzwerkbildung zu unterstützen, MieterInnen/Menschen zusammenzubringen, Mietergruppen zu unterstützen bzw. Unterstützungsstrukturen aufzubauen (Ehrenamt, Runde Tische, Hausgemeinschaften, MieterInnen-Initiativen...)
- Kontakt zu Eigentümern und Stadtplanungsämtern suchen, Kompromisse finden
- Unterstützung der Senatsverwaltung für Wohnen ist wichtig
- Fazit: das Thema muss langfristig (auch im Hinblick auf Verstetigung) in die Arbeit des QM implementiert werden; das QM muss in diesem Gebiet handlungsfähig sein; das Thema bedarf auch in den QM-Gebieten politischer Unterstützung

Thema „quartiersspezifisches Handlungsfeld“, Konzeption der HF über-

denken

- Gebietsspezifisches HF neu hinzunehmen, um auf die gebietsspezifischen Strukturen besser eingehen zu können. Auch relevant, um auf kurzfristige Entwicklungen reagieren zu können (Bspw. QM Schillerpromenade mit der Schließung des Flughafen Tempelhof). Quartierspezifisches HF ermöglicht Querschnittsthemen, die für das Quartier wichtig sind, stärker mitzudenken.
- Stärkere Vernetzung mit anderen Quartieren, die gleiches quartierspezifische HF gewählt haben
- Benennung des HF hat Auswirkungen auf Einbindung von Partnern. Konkretes Thema als Titel des HF, bspw. Gesundheit, erleichtert die Zusammenarbeit mit spezifischen Partnern (bspw. Krankenkassen)
- HF wieder weiter auffächern? Als Kann-HF. Dadurch weitere Ressorts wie bspw. Gesundheit/Clearingstelle klarer und themenbezogen einbinden
- Das 5. HF „Beteiligung, Vernetzung und Einbindung von Partnern“ weiterfassen in dem Sinne, dass auch über die lokale Ebene hinaus, bspw. stadtweit wichtige Partner eingebunden werden können

Kristin Schwarze,
IfS Institut für Stadtforschung und
Strukturpolitik

TOP 3 Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt

Frau Schwarze stellt ausgewählte Ergebnisse der Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt vor. Grundlage für die Evaluierung war ein programmübergreifendes Evaluierungskonzept für die Städtebauförderung von Bund und Ländern. Der Schwerpunkt der Untersuchung bestand in der Sekundäranalyse vorhandener Quellen. Es wurden dem Gutachterteam verschiedene Evaluierungsgrundlagen, u.a. aus den elektronischen Begleitinformationen und dem elektronischen Monitoring sowie Sonderauswertungen aus sozioökonomischen Panels zur Verfügung gestellt. Zu den Besonderheiten des Programms zählt, dass noch keine explizite Programmstrategie existiert. Auf Länderebene wird das Programm unterschiedlich ausgerichtet und umgesetzt, es existieren hier zum Teil unterschiedliche Interpretationen und Erwartungen an das Programm. Die ursprüngliche Idee der „ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative“ wurde nicht umgesetzt.

Berlin gehört zu der Gruppe der Länder, die sich am stärksten um einen integrierten Ansatz bemühen. Die Bündelung der Städtebauförderungsmittel mit EFRE-Mitteln ermöglicht Förderung von investiven und sozio-integrativen Maßnahmen.

Zu den wesentlichen Ergebnissen der Programmumsetzung zählt die Verbes-

serung der Lebensbedingungen durch die Aufwertung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur in vielen Gebieten. Die Qualität der Integrierten Entwicklungskonzepte hat deutlich zugenommen, vor Ort zeigt sich eine große Variation in der Programmumsetzung durch die Quartiersmanagement-Teams.

Da die Verbesserung der Bildungs- und Lebenschancen vom Zusammenspiel mit weiteren Maßnahmen abhängt, wird auch zukünftig die ressortübergreifende Zusammenarbeit für den Erfolg des Programms von entscheidender Bedeutung sein. Die Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt wurde im August 2016 veröffentlicht und soll den Auftakt für eine kontinuierliche Zusammenarbeit bilden. Ziele dieser Strategie sind die Bündelung von Fördermitteln, die Verzahnung des Fachwissens und die Bereitstellung von Informationen der betroffenen Bundesressorts. (zur Präsentation vgl. Anlage 1).

Silke Faber,
Amt für Wohnen, Stadterneuerung
und Bodenordnung, Abteilung
Integrierte Stadtteilentwicklung

TOP 4 Integrierte Stadtteilentwicklung in Hamburg

Frau Faber gibt einen Überblick über die Ziele, Strategie, Handlungsfelder und involvierten Fachpolitiken innerhalb des „Rahmenprogramms Integrierte Stadtteil-Entwicklung“ (RISE). Sie zeigt darüber hinaus Beispiele der Sozialen Stadt in Hamburg und gibt ein kurzes Fazit zur bisherigen Programmumsetzung. Ziele von RISE sind die Verbesserung der Lebensbedingungen durch städtebauliche Aufwertung und soziale Stabilisierung der Fördergebiete, die Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Quartieren, der Abbau bzw. Beseitigung städtebaulicher Defizite sowie die Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bewohnerinnen und Bewohner. Unter dem Dach von RISE werden die unterschiedlichen Programme der Städtebauförderung vor dem Hintergrund 16 unterschiedlicher Handlungsfelder koordiniert und mit den jeweiligen Fachpolitiken abgestimmt.

Die Handlungsfelder sind bei RISE ein wichtiges strategisches Instrument in der Integrierten Stadtteilentwicklung. Ein weiterer Ausbau der Vernetzungen, Kooperationen und Projekte ist erwünscht. (zur Präsentation vgl. Anlage 2)

Nachfragen/Diskussion

Warum gibt es in Hamburg so stark ausdifferenzierte Handlungsfelder? Welche Vorteile im Vergleich zu Berlin ergeben sich daraus?

Die Vielzahl der Handlungsfelder ergibt sich aus der Vielzahl der behandelten Thematiken und Fachpolitiken, die an RISE herangetragen werden. Damit ist eine Zuordnung besser möglich. Die vielen Handlungsfelder sind der Genese des Programms geschuldet, auch weil in RISE die verschiedenen Förderprogramme eingeflossen sind. Eine Besonderheit war, dass nicht nur projektbezogen gearbeitet werden sollte, sondern die unterschiedlichen Fachbehörden strukturell mit ihren fachlichen Programmen zusammengebunden werden sollten. Das war eine echte Herausforderung, für die eine eigene Senatskommission eingerichtet wurde, wo nur diese Themen verhandelt und immer auf Sozialräume ausgerichtet wurden, auch wenn diese einen Zielgruppenbe-

zug hatten. Es sollte damit gewährleistet werden, dass gerade bei der Neu-einrichtung eines Gebietes darauf besonderes Augenmerk gelegt wird, wobei nicht immer alle Themen in jedem Handlungskonzept drin sein müssen. Das war alles ein sehr großer Lernprozess.

Wie werden die einzelnen Programme der Städtebauförderung unter einem Dach akzentuiert?

Das ergibt sich aus den einzelnen konkreten Problemlagen. Danach findet die grobe Unterscheidung statt. Aber es werden zunächst alle Handlungsfelder abgeklopft, das macht die Besonderheit des Programms aus. Die Vielzahl der Handlungsfelder ermöglicht es auch, diese besser zu kombinieren.

TOP 5 Fish Bowl

„Flitterwochen vorbei – Alltag da“. Gibt es noch Interesse am Programm?

Das Interesse am Programm ist noch immer sehr hoch. Das merken die Quartiersmanagements gerade dort, wo Gebiete verstetigt werden sollen. Aber entscheidend ist, dass die Problemlagen in Berlin und insbesondere in den QM-Gebieten nicht gelöst sind. Wir haben zum Teil Verschiebungen von Konfliktlagen, teilweise aber auch noch immer die gleichen Probleme. Das betrifft bspw. die Schulen oder Kitas. Dadurch dass die Gebiete dichter werden, bedeutet das gerade für die soziale Infrastruktur höhere Auslastung und letztlich auch Stress und zusätzliche Konflikte. Insofern ist das Programm zukünftig notwendig, auch in weiteren Gebieten. Und es braucht auch weiterhin mindestens die bisherige finanzielle Ausstattung.

Wichtig wäre, aus dem Themenkomplex „Wohnen, Mieten, Verdrängung“ ein eigenes Handlungsfeld zu machen. Das Problem existiert nicht nur für Mieterinnen und Mieter, das gibt es für Kitas, soziale Einrichtungen, für Träger von sozialen Angeboten. Die Wohlfahrtsverbände können hier unterstützen, aber das reicht bei weitem nicht. Hier sollten auch über das QM noch stärker Initiativen unterstützt werden, die sich diesen Themen widmen. Das Interesse und der Bedarf sind sehr groß.

Es ist nicht so sehr wichtig, dass insgesamt in den Handlungsfeldern immer sehr viele Projekte umgesetzt werden. Unterstützungs- und Vernetzungsleistungen der QMs sind oft genauso wichtig und auch langfristiger nötig.

Welche Herausforderungen für eine weiterreichende Beteiligung auch an öffentlichen Bauten werden gesehen?

Es ist der Wunsch der Verwaltung, den Prozess der Beteiligung an öffentlichen Bauten, auch an Schulbauten, noch stärker zu ermöglichen. Das wird nicht konfliktfrei ablaufen.

Es gibt die große Herausforderung, möglichst schnell zu bauen. Die Neubauten sollen aber auch die geforderten pädagogischen Konzepte im Schulalltag möglich machen.

Wie können die unterschiedlichen Förderprogramme im Bildungsbereich mit den Bemühungen der QMs im wichtigen Handlungsfeld Bildung koordiniert und abgestimmt werden?

In der Senatsverwaltung für Bildung wird abteilungsübergreifend gearbeitet, so dass die verschiedenen Fördermöglichkeiten gut abgestimmt werden können. So bspw. das BONUS-Programm oder das Programm zur Jugendsozialarbeit an Schulen. Das BONUS-Programm wurde mit der Expertise der Sozialen Stadt entwickelt, um gezielt Ressourcen einsetzen zu können.

„Zu viele Köche verderben den Brei“? Welche organisatorischen Schwierigkeiten bringen komplexe Abstimmungen mit sich?

Es muss darauf geachtet werden, dass die Strukturen der Sozialen Stadt nicht überlastet werden. Hier sollten Schwerpunkte gesetzt werden. In bestimmten Bereichen wie der Beteiligung an Bauvorhaben müssen das QM und die Akteure der Sozialen Stadt zugunsten anderer Themen wie Wohnen und Mieten entlastet werden. Die Herausforderung des Programms besteht einerseits in seiner Offenheit ggü. lokalen Schwerpunktsetzungen und andererseits darin, auch Entlastung zu schaffen und andere Ressorts und Akteure in die Verantwortung zu nehmen.

Es ist wohl nicht so sehr das Problem der Überforderung der QMs, als das die Soziale Stadt oft auch ein „Inselprogramm“ ist, wo alles unter dem Aspekt der Beteiligung umgesetzt wird. In anderen Bereichen, gerade im Baubereich oder bei Straßenbauarbeiten findet diese Beteiligung dann aber nicht statt. So ein Vorgehen führt dann zu Frust bei Bürgerinnen und Bürgern. Es muss erreicht werden, dass die Anforderungen an Bürgerbeteiligung, wie sie in der Sozialen Stadt praktiziert wird, auch im Handeln aller anderen Verwaltungen zum Standard wird.

Wo sind bei der Förderung ehrenamtlicher Strukturen auch im Hinblick auf die Verstetigung von QM-Gebieten Erfordernisse?

Ehrenamtlich Engagierte wünschen sich Augenhöhe mit der Verwaltung/den Akteuren. Das ist am wichtigsten, ist aber in vielen Fällen nicht so. Das heißt manchmal auch, klare Aussagen zu treffen, statt Leute hinzuhalten oder Unklarheiten entstehen zu lassen. Es muss deutlich gemacht werden, was realisiert werden kann und wo Grenzen des Machbaren sind. Zusätzlich benötigt Ehrenamt auch Hauptamt. Ehrenamt organisiert sich nicht immer von selbst, Begleitung, Qualifizierung etc. sollten vorgehalten werden. Die durchaus vorhandenen Strukturen sind relativ prekär ausgestattet.

„Viel hilft viel?“ Wo gibt es Veränderungsbedarf bei der Bereitstellung von

finanziellen und personellen Ressourcen?

Daran wird im Rahmen der wachsenden Stadt in den Verwaltungen gearbeitet. Dazu kommt ein Generationswechsel in den Verwaltungen. Gerade im Baubereich gibt es einen Mangel an ausgebildeten Fachkräften, auch in der Verwaltung. Auch mit der im Laufe der letzten 20 Jahre gewachsenen Bürokratie kommt das Programm Soziale Stadt zudem auch in Konkurrenz zu Fördermöglichkeiten, wo die bürokratischen Hürden nicht so hoch sind.

Als die Soziale Stadt begann, gab es in der Stadt relativ wenig Geld. Viele Träger haben damals auch unter schlechten Bedingungen Projekte umgesetzt. Das ist jetzt anders, die Situation hat sich völlig geändert. Mit relativ geringen Projektschritten ist es schwer, überhaupt noch Träger zu finden. Dieses Problem muss angegangen werden. Für die QM-Teams ist es mittlerweile schwierig, Projekte umzusetzen. Das Beste wäre es, wenn die Bürokratie zurückgefahren werden könnte.

Mit dem Programm „Lokale Bildungsverbände“ wurden ähnliche Erfahrungen mit sehr hohem bürokratischem Aufwand gemacht. Die Verfahren müssen vereinfacht, Bürokratie abgebaut werden. Sonst können Dinge nicht mehr in die Umsetzung gebracht werden, weil der Verwaltungsaufwand und das Berichtswesen zu aufwändig sind. Viel hilft nicht immer viel. Es geht eher darum, Förderungen zu koordinieren und abgestimmt in die Breite zu bringen.

Für Träger ist es immer wieder schwierig, dass bei sehr hohem bürokratischem Aufwand mit sehr kurzen Fristsetzungen es bei der Bearbeitung von Anträgen etc. seitens der Verwaltung zu Verzögerungen kommt. Hier ist ein großes Ungleichgewicht zwischen den hohen Anforderungen an Bürokratie und langen Bearbeitungszeiten durch die zuständige Verwaltung zu spüren. Das macht die fristgerechte Realisierung von Projekten oft nur schwer möglich, bringt Träger auch gegenüber dem Quartiersrat in Legitimationszwang und schafft Frustration. Wenn Projekte dann mit Verzögerung doch starten, stehen wiederum zu viele Mittel für einen zu kurzen Zeitraum zur Verfügung. Trotz Personalmangel in den Ämtern würde ich mir hier eine bessere Abstimmung und Art des Umgangs miteinander wünschen.

Die wenigen Handlungsfelder sind für das QM auch hilfreich, um deutlich Schwerpunktsetzungen vorzunehmen. Ein „Kann-Feld“, bei dem das Quartier einen Extrabereich als Schwerpunkt-Handlungsfeld zusätzlich benennen kann, wäre eine mögliche und spannende Lösung. Mittlerweile ist QM eines von vielen Programmen und damit vielleicht nicht mehr so interessant. Aber das Know-how gibt es immer noch. Die Aufgabe jetzt wäre vielleicht, sich jetzt auf bestimmte Bereiche zu konzentrieren, wo noch Fehlstellen sind. Das strategische Instrument der QMs als kenntnisreicher Partner vor Ort über Problemlagen und Fördermöglichkeiten sollte gestärkt und auch gegenüber anderen Verwaltungen deutlich gemacht werden.

Es braucht sinnhafte Bürokratie, im QM gibt es hier auch gute Ansätze. Durch die Einsicht in die Projektdatenbank ist die Transparenz über den Umgang mit Fördermitteln gewährleistet. Im Vergleich zu anderen Programmen, wie bspw. dem BONUS-Programm, ist das beim QM deutlich besser und transparenter.

Andererseits sollte die sehr kleinteilige Bürokratie gerade im Aktionsfonds zurückgenommen werden.

Für das BONUS-Programm wird gerade eine Datenbank aufgebaut, wobei die Zugriffsrechte noch nicht geklärt werden. Als junges Programm sind die Schulen als Empfänger der Fördermittel gerade dabei, sich auch stärker gegenüber anderen Einrichtungen zu öffnen.

Selbst für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bezirken ist es schwer, noch die vielen Förderprogramme zu überblicken und sämtliche Projekte der Städtebauförderung zu durchschauen. Die ehemals dafür zuständigen Koordinatoren der Programme, z.B. leitende Baudirektoren, gibt es so in den Bezirken nicht mehr. Da muss Verwaltung wieder ansetzen, wieder stärker eine Koordination der vielfältigen Aufgaben und Projekte durchzuführen. In der Theorie werden sehr viele und gute integrierte Handlungsansätze formuliert. Die Frage stellt sich aber, wie dies auch wieder gelebt, in die Praxis gebracht und zwischen den Ämtern umgesetzt werden kann.

Hilft guter Wille bei der Gestaltung des öffentlichen Raums und der Begrünung der Quartiere?

Im Baubereich gibt es einen enormen Bedarf, der auch befriedigt werden könnte, aber auf Grund fehlender personeller Ressourcen und organisatorischen Schwächen nicht abgebaut werden kann. Hier müsste nach neuen Möglichkeiten wie der Auslagerung von Aufgaben an andere Institutionen wie Grün Berlin gesucht werden. Darüber hinaus müsste in der Verwaltung wieder an eine zentrale Projektsteuerung gedacht werden.

Sören Bott, SenSW

TOP 6 Schlussworte

Herr Bott bedankt sich für die aktive Teilnahme an dem Workshop, die fruchtbare Diskussion und die Ergebnisse, mit denen gut weitergearbeitet werden kann.

Aufgestellt, 26.04.2018

D. Maier, E. Daßer, Th. Wenzel, H. Dylong
PBA/Planergemeinschaft

Verteiler: Teilnehmende und Eingeladene